

## TISCHVORLAGE

### Resolution

til/zum:

**Dagsordenspunkt/TOP 6**

**Dagens aktuelle emne - Thema des Tages**

Husum, 26.09.2015

# Für humanitäre Hilfe für alle Flüchtlinge und für europäische Solidarität – gegen Rassismus

Angesichts der größten Flüchtlingsströme seit dem 2. Weltkrieg und Millionen Menschen auf der Flucht vor Krieg, Bürgerkrieg und Verfolgung sowie Hunger und großer Armut ist es ein Gebot der Menschlichkeit, allen Flüchtlingen zu helfen. Deutschland erwartet in diesem Jahr einen dramatischen Anstieg der Flüchtlingszahlen. Schleswig-Holstein und seine **2,7** Millionen Bürgerinnen und Bürgern stellen sich darauf ein, bis zum Jahresende **zehntausenden** von Flüchtlingen ein Obdach zu geben. Die aktuelle Flüchtlingssituation stellt unser Land und die Kommunen vor große Herausforderungen. **Doch wir sind überzeugt, wenn alle gemeinsam an einem Strang ziehen, schaffen wir das.**

1. Die Delegierten des SSW-Landesparteitags begrüßen die **große Offenheit, starke Empathie und persönliche Hilfsbereitschaft** der vielen hauptamtlichen und freiwilligen Helfer und Helferinnen in Schleswig-Holstein, die sich mit enormen Einsatz vor Ort zusammen mit den Behörden, Verbänden und Organisationen um die vielen Flüchtlinge kümmern. Auf diese Weise tragen alle zur **positiven Willkommenskultur** in Schleswig-Holstein bei.
2. Die Delegierten des SSW-Landesparteitags lehnen **jede Art von Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Gewalt** gegen Flüchtlinge und Flüchtlingseinrichtungen entschieden ab und fordern die zuständigen Behörden auf, entschieden gegen die Täter vorzugehen. Gleichzeitig ist die Zivilgesellschaft aufgerufen, sich vehement gegen den täglichen Rassismus und die Ausländerfeindlichkeit von wenigen Menschen zu wehren.
3. Die Delegierten des SSW-Landesparteitags begrüßen, dass Bund und Länder sich auf ein **Paket verständigen konnten, das dem Land und den Kommunen eine finanzielle Entlastung bringt. Unsere rot-grün-blaue Landesregierung konnte in den Verhandlungen wesentliche Forderungen durchsetzen und unbillige Verschärfungen verhindern. Die Einigung enthält zwar Maßnahmen, die der SSW für sich gesehen für**



falsch hält, insgesamt stellt der ausgehandelte Kompromiss aber eine gute Grundlage dar.

4. Die Delegierten des SSW-Landesparteitags begrüßen die Öffnung für eine nicht kontingentierte Arbeitsmigration aus dem Westbalkan. Nur unter dieser Voraussetzung und unter der Bedingung, dass sie alle zwei Jahre überprüft wird, ist die Beibehaltung und Ausweitung der Liste der „sicheren Herkunftsstaaten“ akzeptabel. Dieses sehen wir als einen ersten Schritt auf dem Weg zu einem Einwanderungsgesetz für Deutschland an. Wir fordern, dass die Bundesregierung unterstützt von der Landesregierung alle Maßnahmen unternimmt, um die **Flüchtlinge so schnell möglichst in die Gesellschaft zu integrieren**. Wichtig ist, dass die Asylverfahren schneller entschieden werden und der Bund hierfür umgehend das entsprechende Personal einstellt, um so für einen sicheren Rechtsstatus für die Betroffenen zu sorgen. Zur Integration gehören u.a. auch mehr Deutschkurse und eine schnelle Aus- und Weiterbildung der Flüchtlinge. **Dazu müssen die Investitionen in den sozialen Wohnungsbau erhöht werden, um genügend Wohnungen für alle zu haben**. Gut integrierte Flüchtlinge sind auch eine Chance für die Gesellschaft, da sie dem demographischen Wandel und damit dem einhergehenden Mangel an Fachkräften entgegen wirken könnten.
5. Die Delegierten des SSW-Landesparteitages begrüßen, dass die Landesregierung für abgelehnten **Asylbewerbern, die besonders schutzbedürftig sind**, weiterhin einen **Aufschub der Ausreisepflicht in den Wintermonaten** gewährt. Bei einer Neureglung der europäischen Flüchtlingspolitik muss besonders berücksichtigt werden, dass viele Flüchtlinge der Minderheit der Sinti und Roma angehören, die vielfach einer **massiven Diskriminierung** in ihren Ländern ausgesetzt sind. Für diese Menschen muss die EU eine vernünftige Perspektive in ihren Heimatländern schaffen.
6. Die Delegierten des SSW-Landesparteitags fordern die Bundesregierung dazu auf, auf europäischer und internationaler Ebene eine **gerechte Verteilung der Flüchtlinge** zu erreichen und eine **gemeinsame humane Asylpolitik** zu entwickeln, die den großen Flüchtlingsströmen gerecht wird. Dabei müssen die **Grenzen** innerhalb der Europäischen Union weiter offen bleiben, um das Grundrecht der Reisefreiheit für alle Bürgerinnen und Bürger zu erhalten.
7. Die Delegierten des SSW-Landesparteitags begrüßen, dass der Bund ein Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der Fluchtursachen auflegen wird, das auch die Unterstützung der Roma und anderer Minderheiten umfasst. Wir erwarten, dass die Landesregierung sich weiterhin dafür einsetzt, dass bei der Umsetzung die besonderen Kompetenzen der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) und des European Center for Minority Issues (ECMI) genutzt werden.
8. Die Delegierten des SSW-Landesparteitags sehen Sachleistungen statt Taschengeld als kein angemessenes Mittel der Flüchtlingspolitik an. Deshalb begrüßen die Delegierten, dass der mit dem Bund gefundene Kompromiss keine Verpflichtung zur Gewährung von Sachleistung vorschreibt, sondern es freistellt, ob Sachleistungen oder Geldleistungen gewährt werden. Sachleistungen sind für die betroffenen diskriminierend und für das Land und die Kommunen mit erheblichen und kostspieligen Verwaltungsaufwand verbunden. Wir fordern deshalb das Land und die Kommunen auf, die Möglichkeit zu nutzen, auf Sachleistungen zu verzichten und weiterhin Geldleistungen zu gewähren.

Der SSW-Landesvorstand den 25.09.2015